

"Wer als Politiker dem Bürger viel gibt, zeigt nicht unbedingt große Weitsicht."

Gespräch mit J. Krecké (LSAP) über Finanzpolitik

forum: Vor zwei Jahren gab es eine Steuerreform, die (fast) allgemein begrüßt wurde, da sie für die meisten Steuerzahler nicht unerhebliche Steuerersparnisse brachte. Nun hat sich die Konjunkturlage aber verändert.

Jeannot Krecké: Man muß wissen, daß diese Reform in einem Augenblick gemacht wurde als der Staat überschüssige Einnahmen hatte. Meine Partei und ich persönlich haben nicht Steuergeschenke in dieser Größenordnung verlangt. Es war die Regierung, welche das Volumen der Steuerermäßigungen in dem Maße vorschlug. Wir waren überrascht, aber als LSAP wollten wir uns nicht dagegen wenden, obschon wir uns bewußt waren, daß wir dadurch dem Staat möglicherweise Handlungsspielraum wegnehmen würden. Uns wäre es lieber gewesen, dem Staat mehr Geld zu erhalten, das dann für eine Umverteilung zur Verfügung gestanden hätte oder für Investitionsmaßnahmen in soziale Infrastrukturen. Ich glaube, in diesem Punkt unterscheiden wir uns von anderen Parteien. In dem Sinne ist die Steuerreform schon damals und nicht erst heute zu weit gegangen.

Wenn man dieser Tage vor Weihnachten durch die Einkaufsstraßen geht, sieht man, was mit diesem Geld geschehen ist. Es ist voll in den Konsum gegangen. Und ich wage zu bezweifeln, daß sich dadurch die Lebensqualität der Leute wesentlich vergrößert hat. Wenn man von einigen Randgruppen absieht und mit dem Ausland vergleicht, kann man sagen, daß das Einkommen der Luxemburger sehr hoch ist. Seit 1984 ist es jedenfalls enorm angestiegen. Besonders bei den Renten kann man behaupten, daß wesentliche Verbesserungen herbeigeführt wurden. Durch das Wirtschaftswachstum ist die Lohnmasse und dadurch auch die Sozialbeiträge enorm gestiegen. Die Reserven überstiegen die gesetzlich festgeschriebene Höhe und somit stellte sich die Frage, ob man die Beiträge senken oder die Auszahlungen anheben sollte. So ist im Rentensektor, genauso wie bei den Steuern, ein Druck der Öffentlichkeit entstanden: die Renten wurden erhöht, die Steuern wurden gesenkt. Aber dies ist mittelfristig und langfristig nicht durchzuhalten, denn wir setzen dabei voll auf ein ständiges und starkes Wachstum der Lohnmasse.

Wenn es zu einer Rezession oder einer Stagnation kommt, deren erste Anzeichen man dieser Tage sieht, dann kommt es zu einem Schneeballeffekt. Es werden Kollektivverträge mit weniger Lohnwachstum abgeschlossen, das Steuereinkommen wächst weniger, vielleicht werden sogar Arbeitsplätze abgebaut, besonders in der Bauindustrie. Die Krankenkassen und Rentenkassen erhalten weniger Beiträge, die Betriebe bezahlen weniger Steuern. Die Politiker machen oft den Fehler, diese voraussehbare Entwicklung nicht zu berücksichtigen. Das Einkommen der Einzelnen muß nicht weiter so steigen, sicher es gibt noch Randgruppen, es gibt noch Härtefälle, hier soll man gezielt etwas unternehmen. Im allgemeinen jedoch müssen wir weg vom Gießkannenprinzip.

forum: Kommt diese Gießkannenpolitik, besonders im kleinen Staat, nicht daher, daß der Politiker beim Wahlvolk gut ankommen will?

Jeannot Krecké: Im Ansatz schon, doch, was den Endeffekt anbelangt, bin ich da ganz anderer Meinung! Wenn jemand mit einem konkreten Problem an dich als Politiker herantritt und du kannst ihm helfen, dann ist er dir viel dankbarer, als wenn er einige tausend Franken im Monat mehr verdient. Diese politische Entscheidung ist absolut unpersönlich und wird nach einigen Monaten bereits wieder vergessen sein. Wenn man die Einkommenssteigerung, die jeder seit 1984 erfahren hat, objektiv einschätzen würde, dann gäbe es nur eine Möglichkeit: die Koalition, die seit 1984 die Verantwortung hat, müßte die nächsten Wahlen gewinnen. Trotzdem ist eine gewisse Verdrossenheit mit der aktuellen Regierung zu spüren.

forum: Du sagst, die Gießkannenpolitik sei typisch für einen Kleinstaat. Ich glaube, es hat eher etwas mit dem hohen Grad des Wohlstands zu tun, auch wenn der allgemeine Wohlstand für ein kleines Land sicher leichter zu erreichen ist als für ein großes. Ich denke zum Beispiel an Kuwait oder Barein.

Jeannot Krecké: Man darf nicht verkennen, daß wir ein gewisses Schmarotzertum entwickelt haben (siehe Bankgeheimnis und ähnliches), das uns

Uns wäre es lieber gewesen, dem Staat mehr Geld zu erhalten, das dann für eine Umverteilung zur Verfügung gestanden hätte oder für Investitionsmaßnahmen in soziale Infrastrukturen.

erlaubt hat, auf Kosten unserer Nachbarländer Kapital in grossem Maße in unser Land zu locken. Wir haben dabei sogenannte Nischen besetzt und ausgenutzt.

forum: Wie reagierst du auf die Forderungen der "5/6-Bewegung"?

Jeannot Krecké: Die Renten im Öffentlichen Dienst sind sicher zu hoch, sie liegen teilweise über dem letzten Einkommen des jeweiligen Staatsbeamten, während die finanziellen Bedürfnisse im Rentenalter sicherlich geringer sind als bei jungen Familien. Viele junge Leute können sich bei den aktuellen Immobilienpreisen überhaupt nur ein Heim leisten, weil die Eltern von ihren hohen Rente einen Teil beisteuern können. Dies ist jedoch ungerecht gegenüber anderen Rentnern, die nur sechzig, siebzigtausend Franken im Monat haben und dadurch ihre Kinder weniger unterstützen können. Doch man kann die niedrigen Renten nicht auf das Niveau der Höchstenrenten anheben, wie dies einige Demagogen wollen. Man wird die hohen Renten irgendwann bremsen müssen. In den letzten drei Jahren gab es mehr Rentenerhöhungen als in irgendeinem vorherigen Zeitraum, doch die Leute sind keineswegs zufrieden. Die "5/6-Bewegung" fordert immer mehr. Ihre Analyse und ihre Fragestellung ist richtig, aber ihre Antworten oder Forderungen sind falsch. Man darf nicht die 5/6-Rente für jedermann fordern, sondern die 5/6-Rente in Frage stellen, da diese mit der Zeit in dem Maße unbezahlbar wird. Doch zu dieser Forderung haben sie nicht den Mut.

Weshalb soll ein Staatsbeamter, der 1995 anfängt, nicht in ein neues Regime eingestuft werden. Er würde zum Beispiel am Anfang seiner Laufbahn mehr verdienen und im Gegenzug eine Rente nach dem Modell des privaten Sektors erhalten. Mit dieser Regelung hätten wir für heute noch nichts erreicht, aber wir hätten die Voraussetzung geschaffen, daß in 30 bis 40 Jahren gewisse Probleme gelöst sind. Jedoch der Politiker, der diese Forderung stellt, würde sicherlich nicht wieder gewählt werden.

forum: Bistlang haben wir aus der Perspektive des "kleinen Mannes" geschaut und von Renten und Lohnsteuern geredet. Könnte man die Steuerausfälle nicht durch mehr Steuern von der Wirtschaft, besonders vom Bankensektor kompensieren?

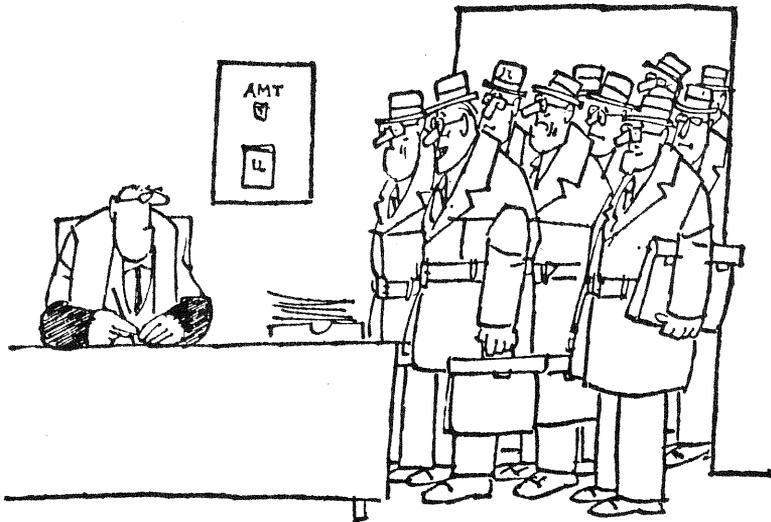
Jeannot Krecké: Paradoxerweise nehmen die Gewinne in der Wirtschaft, besonders im Finanzsektor zu, aber die gezahlten Steuern gehen zurück. Für den Bürger ist dies unverständlich. Die Erklärung ... Wir haben versucht Betriebe anzulocken, in dem wir ihnen Vorteile gewährt haben. Doch mittlerweile haben andere Länder auch damit angefangen ähnliche Subventions- und Steuervorteile zu gewähren, teilweise sogar durch Regelungen, an die wir nicht gedacht haben. Es entsteht eine neue Technik, die "ingénierie financière", die herausfindet, welche Operation in welchem Lande am günstigsten zu tätigen ist. So daß unter Umständen der Kauf eines Flugzeuges oder einer Produktionsstätte über mehrere Länder abgewickelt wird. Es würde mich nicht wundern, wenn Luxemburg sich über kurz oder lang für eine weitere Harmonisierung der direkten Steuern innerhalb der EG, gegen die es sich im Augenblick sträubt, einsetzen wird. Denn, wenn erst einmal die anderen

Ländern uns nacheifern, kommen wir in ein Konkurrenzverhältnis, in dem wir nicht bestehen können. Ein großer Supermarkt kann einen Tante-Emma-Laden kaputt machen, wenn er es nur will. Und das ist meine Sorge, daß große Länder Luxemburg in die Knie zwingen können, indem sie über zwei, drei Jahre Mindereinnahmen in Kauf nehmen, die sie problemlos für eine kurze Zeit verkraften können. In diesem Kontext müssen wir dann womöglich das sakrosankte Bankgeheimnis in Frage stellen, das ein Hemmnis darstellt, die direkten Steuern gerechterweise einzutreiben. De facto haben wir heute für viele grosse Betriebe eine quasi Selbstfestsetzung der Steuern. Wenn unsere Steuerverwaltung eine Tür zugemacht hat, hat der große Betrieb gleich zwei weitere aufgeschlagen. Wie soll es auch anders sein, wenn in großen Unternehmen mehr Leute sich um die Steuerfragen kümmern, als unsere Steuerverwaltung Beamte in dieser Abteilung beschäftigt. Und darum ist es nicht erstaunlich, daß das Steueraufkom-



Carlo Schmitz

„Wir sind die Kommission, die prüfen soll, ob hier rationell gearbeitet wird!“
(Welt der Arbeit)



men abnimmt, obschon die Wirtschaft weiterhin noch ansehnliche Resultate erzielt.

forum: Welche Rolle hat der Staat bei der wirtschaftlichen Entwicklung gespielt?

Jeannot Krecké: Das wirtschaftliche Wachstum der letzten Jahre ist nicht ausschließlich auf besonders geniale Entscheidungen der Regierung zurückzuführen. Das Wirtschaftswachstum haben wir zum Teil von unseren Handelspartnern importiert, die Politik hat dabei lediglich versucht, dieses Wachstum mit Erfolg zu begleiten. Niemand kann in Wirtschaftsfragen mit absoluter Sicherheit sagen, ich werde folgende Maßnahmen treffen und dann wird folgendes Ergebnis eintreten. Genauso wie wir dieses Wirtschaftswachstum nicht allein geschaffen haben, empfinden wir auch große Schwierigkeiten einen möglichen Rückgang entscheidend zu bremsen.

forum: Du sagst, der Boom ist vorbei, wir müssen neue Wege suchen. Kann eine solche Aussage nicht zu einem elektoralen Fiasko führen?

Jeannot Krecké: Wir werden sehen, welche Tendenz sich in der Partei durchsetzt. Lafontaine in Deutschland ist ein gutes Beispiel, er hat die Wahlen haushoch verloren, aber wir wissen nicht, ob es für die SPD mittelfristig nicht eine gute Sache war. Die Leute wählen niemanden, der ihnen eine schwarze Zukunft voraussagt. Aber sie hätten vielleicht ein Interesse gute Geschäftsführer (gestionnaires) zu wählen, statt Politiker, die ihnen auf die Schulter klopfen und mehr Renten, mehr Kindergeld usw. versprechen. Ich frage mich, ob in Zukunft diese Parteien nicht auch Schwierigkeiten bekommen werden, in wichtigen Fragen die notwendige Glaubwürdigkeit zu erzielen. Das 5/6-Aktionskomitee hat seinen Namen schon geändert.

forum: Welche finanzpolitischen Auswirkungen wird Maastricht haben?

Jeannot Krecké: Das Delors-II-Paket sieht vor, mehr Geld einzunehmen und dies u.a. für die Entwicklung von benachteiligten Regionen auszugeben. Dies ist im Prinzip richtig, aber die Akzeptanz hängt von der

konkreten Durchführung ab. Und damit sind wir beim Thema Maastricht. Die meisten Leute bringen heute Kritiken zum augenblicklichen Funktionieren der europäischen Gemeinschaft an: sie sagen, das Geld wird schlecht angelegt, der bürokratische Apparat ist zu groß, es gibt keine Demokratie, keine Bürgernähe, die Eurokraten verdienen zu viel Geld und so weiter. Nur, all das hat nichts mit Maastricht zu tun, das wird alles bereits durch die römischen Verträge von 1957 und die EEA, geregelt. Deshalb war ein Referendum zu Maastricht nicht angebracht, es wäre einfach ein Referendum gegen die römischen Verträge und gegen die EEA und möglicherweise auch gegen die innenpolitischen Optionen der aktuellen Regierung geworden.

forum: Das haben Referenden so an sich.

Jeannot Krecké: Es wäre vor allem ein Referendum über das Ausländerwahlrecht geworden. Ich habe ja auch manchmal meine Zweifel, ob die EG-Gelder immer richtig, nach bestem Nutzen angewandt werden, aber die Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft ist eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit für Luxemburg.

forum: Woher könnten die Mehreinnahmen der EG denn herkommen?

Jeannot Krecké: Man hat von der fünften Einnahmequelle gesprochen, z. B. eine CO₂-Steuer oder Energiesteuer, die direkt an die EG abgeführt würde. Die Betriebe haben sich sofort gegen diese zusätzliche Belastung gewandt mit dem Argument, daß sie nicht mehr konkurrenzfähig wären, wenn nur in Europa oder auch in Luxemburg allein eine solche Steuer eingeführt würde. Daß sie hier weniger Steuern zahlen, vergessen sie vollends. Daß die Sozialabgaben geringer sind, sagen sie nicht. Wenn man die Tour de France gewinnen will, braucht man nicht jede Etappe zu gewinnen, man braucht also nicht Vorteile gegenüber dem Ausland auf allen Gebieten anzubieten, aber die Summe, das Gesamtpaket muß gegenüber anderen Ländern günstig sein.

forum: Mehr Staat in den neunziger Jahren in Luxemburg, ist das mit dem Europagedanken vereinbar?

Jeannot Krecké: Sicherlich ja, denn im selben Maße wie die Gemeinden Befugnisse an die Gemeindegremien abtreten können, bedingt die europäische Integration eine teilweise Verlagerung von nationalen Souveränitätsrechten hin zu einem gemeinsamen Europa. Bloß das Problem bleibt das gleiche wie bei den Gemeindegremien: man tritt eine Kompetenz ab, hat aber keine Garantie, ob das Kontrollrecht über diese Kompetenz auch weiterhin funktioniert. Nun ist der Zug der europäischen Integration abgefahren und wir müssen notgedrungen mitfahren.

forum: Der wirtschafts- und der finanzpolitische Zug ist abgefahren, aber das soziale Europa ist eher ins Hintertreffen geraten.

Jeannot Krecké: Sicher, und da merken wir, daß wir etwas zu verlieren haben. Nicht nur im sozialpolitischen sondern auch im ökologischen Bereich, da wir in vielen Punkten strengere Auflagen haben als andere Staaten. Durch den neuen Markt wird es auch

Man darf nicht die 5/6-Rente für jedermann fordern, sondern die 5/6-Rente in Frage stellen, da diese mit der Zeit unbezahlbar wird.

einen stärkeren sozialen Druck auf Luxemburg geben. Können wir hier z.B. den Mindestlohn wesentlich erhöhen, wenn dieser 20 Kilometer entfernt weitaus niedriger ist? Wie diese Entwicklung weitergeht, wage ich nicht vorauszusagen.

forum: Wie wird das Profil des Politikers der Zukunft aussehen?

Jeannot Krecké: Gefragt ist womöglich ein besserer Geschäftsführer, aber auch vielleicht ein mutiger Politiker. Wenn man als Politiker dem Bürger viel gibt, zeigt man nicht unbedingt große Weitsicht. Genau das ist in den letzten Jahren in Luxemburg geschehen. Auch wenn der Politiker noch nie soviel verteilt hat wie in den letzten Jahren, stand er noch nie so schlecht da. Wenn ich unseren Arbeitsaufwand berücksichtige, dann verstehe ich das negative Bild des Politikers in der Öffentlichkeit nicht. Viele von uns arbeiten sehr viel, strengen sich ohne Zweifel an das Land ordentlich zu verwalten, aber das wird nur in einem beschränkten Maße wahrgenommen.

forum: Aber für dieses Bild gibt es doch Ursachen. Das Parlament hat in den letzten Jahren zunehmend Macht verloren. Die Abgeordneten haben heute mehr Arbeit als früher, aber weniger Macht, sogar weniger Informationen.

Jeannot Krecké: Das ist richtig

forum: Das Problem stellt sich aber nicht nur in Luxemburg ...

Jeannot Krecké: ... aber bei uns in verstärktem Maße. Nehmen wir nur mein Beispiel. Ich bin in der Finanzkommission, in der Wirtschaftskommission, in der Umweltkommission und in der Bautenkommission. Im Ausland wäre man nur in einer Kommission, sagen wir mal der Umweltkommission. Dort wäre man nur für ein Teilgebiet zuständig, z.B. die Abfallwirtschaft oder sogar nur den Industriemüll.

forum: Und man hätte Fachleute, die einem zur Seite stünden.

Jeannot Krecké: Man kann davon ausgehen, daß man dadurch auch sein Thema durchaus beherrschen kann. Bei uns aber muß man sich um mehrere, total verschiedene Bereiche kümmern. Dabei ist es unmöglich, all diese Problemfelder genau zu überblicken und man riskiert Unverständnis zu ernten, wenn man sagt, daß man von diesem oder jenem Gebiet nichts oder nicht viel versteht. Es ist unmöglich alles an Informationen, was uns zugeleitet wird, zu lesen und zu verarbeiten. So kommt es auch vor, daß man über ein Gesetz abstimmen muß, welches man nur flüchtig kennt.

In der Kammer gibt es nur sechzig Abgeordnete. Wenn es um Entscheidungen oder um die Vorbereitung der Gesetze geht, kann man die Opposition nicht mitzählen. Es bleiben also noch 39 Abgeordnete für die Ausarbeitung der konkreten parlamentarischen Arbeit in der aktuellen Koalition. Davon sind viele zusätzlich auf kommunalpolitischer Ebene in der Verantwortung, während andere womöglich noch teilweise einen Beruf im Privatsektor ausüben. Sicherlich haben wir seit kurzem Recht auf einen halben Assistenten pro Abgeordneten, aber diesem ergeht es nicht besser als uns, auch er oder sie muß auf zu vielen Gebieten sachkundig sein.

Das heißt aber nicht, daß der Abgeordnete keinen Einfluß hat. Dieser ist jedoch im Vorfeld der Parlamentsarbeiten angesiedelt, bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorlage. Wenn diese erst einmal ins Parlament kommt, dann sind wesentliche Änderungsanträge oft nur noch schwer zu bewerkstelligen, da die Gesetzesvorlage oft das Resultat langwieriger Diskussionen und Kompromißentscheidungen darstellt. Änderungsanträge zum jährlichen Haushaltsgesetz kommen in Luxemburg gar einem Affront gleich. Jedoch, ob man ein Gesetz für 400.000 Leute macht oder ein Gesetz für 80 Millionen, der Arbeitsaufwand auf Parlamentsebene bleibt der gleiche.

forum: Wir danken Dir für Deine Ausführungen.

as Gespräch führten für "forum" Claude Wey und Fernand Fehlen am 24. Dezember 1992.

De facto haben wir heute für viele grosse Betriebe eine quasi Selbstfestsetzung der Steuern.